

## **Antrag**

**der Abgeordneten Elke Hoff, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Indisch-amerikanisches Nuklearabkommen substantiell nachbessern oder ablehnen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 2. März 2006 haben der Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, und der indische Premierminister, Mammohan Singh, ein Abkommen über eine zivile Nuklearkooperation unterzeichnet. Diese bilaterale Übereinkunft ist ein Wendepunkt in der US-amerikanischen Nuklearpolitik. Seit dem ersten indischen Atomwaffentest im Jahre 1974 haben die Vereinigten Staaten jegliche Form der Kooperation mit Indien auf nukleartechnischem Gebiet abgelehnt. Diese nuklearpolitische Wende ist vor allem eine geostrategische Entscheidung der Vereinigten Staaten und kein Schritt mit dem Ziel, das nukleare Nichtverbreitungsregime zukunftsfähiger zu machen. Für Indien endet mit dem Abkommen nach fast 30 Jahren die Ära des atomaren Pariastatus auf internationaler Ebene.

Die internationale nukleare Abrüstungspolitik steckt in einer Sackgasse. Diese Erkenntnis hat sich nicht erst nach dem Scheitern der Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) im vergangenen Jahr durchgesetzt. Seit Jahren fordern Experten weltweit eine Reform des nuklearen Nichtverbreitungsregimes. Besonders die Existenz der drei Atommächte Indien, Pakistan und Israel außerhalb des Vertragswerks stellt eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft dar. Gerade hier bedarf es neuer Impulse. Daher ist es grundsätzlich zu begrüßen, wenn Indien sich im Rahmen des amerikanisch-indischen Nuklearabkommens internationalen Kontrollen unterwerfen will und sich damit dem globalen Nichtverbreitungsregime annähert.

Ein bilaterales amerikanisch-indisches Nuklearabkommen bedeutet aber auch eine Zäsur in der internationalen Nichtverbreitungspolitik. Mit dem Abkommen wird erstmals einem Staat, der nicht Mitglied des NVV und darüber hinaus selbst Atommacht ist, Zugang zu externem Nuklearmaterial und modernstem technologischen Know-how erhalten. Bisher war es das alleinige Recht der Mitgliedstaaten des NVV, unter internationaler Kontrolle Nukleartechnik friedlich zu nutzen. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um das iranische Atomprogramm ist der Zeitpunkt für eine solche indische Sonderregelung schwer nachvollziehbar. Es erweckt den Anschein, international würde mit zweierlei Maß gemessen, und liefert den Verfechtern eines iranischen Atomwaffenprogramms neue Nahrung. Die Glaubwürdigkeit des nuklearen Nichtverbreitungsregimes wird so auf's Spiel gesetzt.

Bevor das amerikanisch-indische Nuklearabkommen in Kraft treten kann, bedarf es noch der Zustimmung des US-Kongresses sowie der Nuclear Suppliers Group (NSG).

Beratungen zu diesem Nuklearabkommen stehen auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung der NSG, der Deutschland und die USA angehören. Die Richtlinien der NSG schreiben vor, dass nukleare Exporte nur in solche Länder getätigt werden dürfen, die Mitglied des NVV sind und sich in vollem Umfang den Inspektionen der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) unterwerfen. Indien erfüllt beide Bedingungen nicht.

Indien ist weder Mitglied des NVV, noch hat sich die indische Regierung dazu verpflichtet, im Rahmen des Nuklearabkommens ihre gesamten Atomanlagen unter internationale Kontrolle zu stellen. Die indische Regierung erklärt sich bisher nur bereit, ihre als zivil deklarierten Nuklearanlagen der internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Militärische Nuklearanlagen werden von der Vereinbarung nicht erfasst. Darüber hinaus entscheidet die indische Regierung selbst, ob eine Reaktoranlage als zivil oder militärisch anzusehen ist. Daher werden nur 65 Prozent der indischen Atomanlagen den Inspektoren der IAEO zukünftig offen stehen. Ganz ausgenommen aus der amerikanisch-indischen Vereinbarung sind Indiens „schnelle Brüter“, die den Kern des indischen Atomwaffenprogramms darstellen.

Eine Zustimmung der Nuclear Suppliers Group für eine indische Sonderregelung unter diesen Konditionen würde die Existenzberechtigung der NSG selbst in Frage stellen. Das nukleare Nichtverbreitungsregime würde einen finalen Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber Staaten wie Brasilien und Südafrika erleiden, die bewusst dem NVV beigetreten sind und auf ein Atomwaffenprogramm verzichtet haben. Die Folgen für die internationale Sicherheit sind kaum absehbar.

Deutschland ist Mitglied der NSG. Die Bundesregierung muss hier Verantwortung für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abrüstungspolitik und der nuklearen Nichtverbreitung übernehmen. Jetzt, vor der endgültigen Beschlussfassung in der NSG, ist noch Zeit, substantielle Nachbesserungen einzufordern, die Indien wirklich näher an das Nichtverbreitungsregime heranführen. Indien muss als Kernwaffenstaat in dieselbe Verantwortung genommen werden wie die fünf Atommächte des NVV. Die Bundesregierung darf sich nicht hinter den anderen Mitgliedern der NSG verstecken und dadurch eine eindeutige Positionierung zu diesem Thema vermeiden. Deutschland muss sich an die Spitze der Nichtkernwaffenstaaten in der NSG stellen und für Nachverhandlungen des Nuklearabkommens zwischen Indien und den Vereinigten Staaten eintreten. Nur so kann aus dieser bilateralen Vereinbarung statt eines Todesstoßes noch eine Chance für das nukleare Nichtverbreitungsregime werden.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. sich in der Nuclear Suppliers Group gemeinsam mit anderen Mitgliedern dafür einzusetzen, dass es zu erkennbaren Nachbesserungen des amerikanisch-indischen Nuklearabkommens kommt;
2. sich dafür einzusetzen, dass folgende Punkte im Rahmen von Nachverhandlungen vereinbart werden:
  - Indien erklärt ein Moratorium für die Produktion waffenfähiger Spaltmaterialien und verzichtet auf einen weiteren Ausbau seines Atomwaffenprogramms;
  - Indien verpflichtet sich, dem Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) beizutreten;
  - Indien muss klare und eindeutige Kriterien entwerfen, anhand derer die Unterteilung zwischen zivilen und militärischen Atomanlagen erfolgt. Sämtliche zivile Anlagen, auch zukünftige, müssen unter Kontrolle der IAEA gestellt werden;
3. sich in der Nuclear Suppliers Group gegen das amerikanisch-indische Nuklearabkommen auszusprechen und bei den anderen Mitgliedern für eine Ablehnung zu werben, falls die Nachverhandlungen in den oben genannten Punkten nicht in vollem Umfang Erfolg haben;
4. die bisherige nationale restriktive Exportpolitik für Nukleartechnologie gegenüber Indien weiterhin aufrechtzuerhalten, so lange Indien keine wirklichen Schritte einer Annäherung an das Nichtverbreitungsregime vollzieht.

Berlin, den 18. Mai 2006

**Elke Hoff**  
**Dr. Karl Addicks**  
**Christian Ahrendt**  
**Uwe Barth**  
**Rainer Brüderle**  
**Angelika Brunkhorst**  
**Ernst Burgbacher**  
**Patrick Döring**  
**Mechthild Dyckmans**  
**Jörg van Essen**  
**Otto Fricke**  
**Horst Friedrich (Bayreuth)**  
**Dr. Edmund Peter Geisen**  
**Hans-Michael Goldmann**  
**Miriam Gruß**  
**Joachim Günther (Plauen)**  
**Dr. Christel Happach-Kasan**  
**Heinz-Peter Haustein**  
**Birgit Homburger**  
**Dr. Heinrich L. Kolb**  
**Hellmut Königshaus**  
**Gudrun Kopp**  
**Jürgen Koppelin**  
**Heinz Lanfermann**

**Sibylle Laurischk**  
**Harald Leibrecht**  
**Ina Lenke**  
**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
**Michael Link (Heilbronn)**  
**Horst Meierhofer**  
**Patrick Meinhardt**  
**Jan Mücke**  
**Burkhardt Müller-Sönksen**  
**Detlef Parr**  
**Cornelia Pieper**  
**Gisela Piltz**  
**Jörg Rohde**  
**Frank Schäffler**  
**Marina Schuster**  
**Dr. Max Stadler**  
**Carl-Ludwig Thiele**  
**Florian Toncar**  
**Christoph Waitz**  
**Dr. Claudia Winterstein**  
**Dr. Volker Wissing**  
**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)**  
**Martin Zeil**  
**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

